

Mafia gedeih(e) unter dem Schutz des Parteienstaates«, ließ er ein Beispiel folgen: »In der Bundesrepublik werden 30 Millionen für die Antifa ausgegeben«.

Prof. Dr. Karl Albrecht Schacht-schneider (Erlangen) sprach über die EU als »Staat ohne Volk« und betonte eine notwendige »Homogenität« des »Staatsvolkes«. In einem völlig konfusen Vortrag leitete der emeritierte Staatsrechtler von langen philosophisch-rechtsdogmatischen Überlegungen zu

Willen und Vernunft abrupt über zum »religionshaft gepredigten« Multikulturalismus. Einwanderungspolitik sei verfassungswidrig, da durch Integration von »Fremden« systematisch die »Homogenität des Volkes« verändert werde. Die Politik sei nicht »ermächtigt, das Volk auszutauschen«, Einwanderungspolitik deswegen verfassungswidrig.

Volles Palais

Sinnvolle Beiträge für eine rechte Position zur EU fehlten völlig. Beispielsweise wurde der Widerspruch zwischen dem Beharren auf Nationalstaatlichkeit und dem Wunsch nach einem europäischen Machtblock gegen die verhassten USA nicht thematisiert. Die 400 Teilnehmer, die sich im Saal drängten, nutzten das Symposium als Lückenfüller zwischen den Stiftungsfesten der Wiener Burschenschaften »Olympia«, »Silesia« und »Albia« am Vortag und dem Festkommers »150 Jahre Deutsche Burschenschaft in Österreich« am Abend. Die katastrophale Qualität der Referate rechtfertigte einen derartigen Publikumsandrang nicht. ■

THI KENDES FOR RET



UNDERKASTEISE

Det islamiske kvindeslør er et eksempel på et muslimsk underkastelse. Islamisterne bruger det som stærkt og tydeligt tegn på tvangsdomstol over både mænd og kvinder, muslimere og ikke-muslimere. Det drøjer sig ikke om "30 gram uld". Det drøjer sig om tyranni og underkastelse. Et Bertels & Bertels-tilbud er accepteret af folketingsmedlemmerne. Og Dansk Folkepartis har besluttet, at de som bruger dressen skal acceptere, at de i retvisne møder og dommer møder skal tykrokket over sig det. Nu!

Dansk Folkeparti
www.danskfolkeparti.dk Tel. 3337 1199 E-mail: dff@dfp.dk
Gi' os Danmark tilbage

Der dreiköpfige Troll Rechtspopulisten in Nordeuropa

Dänemark, Finnland und Norwegen erleben derzeit auf jeweils unterschiedliche Weise eine Veränderung der politischen Szenerie durch das erfolgreiche Auftreten rechtspopulistischer Parteien. Warum aber haben diese den freien Markt liebenden und Immigranten feindlichen Parteien Erfolg in drei eigentlich stabilen und wirtschaftlich gesunden Staaten, die im Ruf stehen, tolerant und friedfertig zu sein?

Von Hendrik Lunde

< »Das Urteil lautet Unterwerfung« – Antimuslimische Agitation der »Dänischen Volkspartei«

Gründungen

Norwegen und Dänemark eint eine lange gemeinsame Geschichte, beherrschte Dänemark doch den Nordwesten 400 Jahre lang. Finnland hingegen war eher ein entfernter Geschwisterteil. Und während im vergangenen Jahrzehnt norwegische und dänische rechtspopulistische Parteien einige Siege feierten, sind die finnischen Rechtspopulisten gerade erst aus dem Schatten aufgetaucht und haben nur in den vergangenen Jahren riesige Schritte vorwärts gemacht.

In Norwegen wurde die rechtspopulistische »Fremskrittspartiet« (FrP, »Fortschrittspartei«) bereits 1973 gegründet und avancierte zum Vorbild für die anderen nordischen populistischen Parteien, die »Dansk Folkeparti« (DF, »Dänische Volkspartei«) und die »Perussuomalaiset« (PS, »Wahre Finnen«), die sich beide 1995 konstituierten.

In den beiden vergangenen Parlamentswahlen 2005 und 2009 schnitt die FrP jeweils als die zweitstärkste Partei ab. Ihr dänisches Pendant, die DF, war hingegen in der Lage, als Folge ihrer Unterstützung der liberal-konservativen Koalition nach der Wahl 2007, wichtige Teile ihrer Programmatik auf

die politische Agenda zu setzen. Und auch in Finnland hat unterdessen die Unterstützung der PS zugenommen. Bei der Wahl zum Europaparlament erhielt sie im Sommer 2009 14 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sie scheinen derzeit kurz vor ihrem politischen Durchbruch zu stehen.

Hintergründe

Die drei Länder sind relativ ähnlich hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl, die bei rund fünf Millionen Einwohnern liegt, sowie dem geringen Prozentsatz von BürgerInnen mit nicht europäischem Hintergrund. Nur Finnland hat eine signifikant kleinere Gruppe ethnischer Minderheiten als Dänemark und Norwegen. Die organisierte extreme Rechte ist in allen drei Ländern überschaubar; im Gegensatz zu Schweden, wo es eine sehr gut organisierte harte neonazistische Szene gibt, jedoch keine etablierte rechtspopulistische Partei.

Ein gemeinsamer Nenner für die rechtspopulistischen Parteien ist ihre Fähigkeit, Wähler der Arbeiterklasse zu mobilisieren. Studien zur Folge stimmten schon früher Arbeiter nicht mit linken, soziokulturellen Forderungen (insbesondere Immigration und Asyl), dafür aber mit der Wirtschaftspolitik überein, so dass sie letztlich links wählten. Doch der demographische Wandel, der zunehmend teurer werdende Wohlfahrtsstaat in Verbindung mit einem hohem Standard von Reichtum großer Teile der Bevölkerung unterstützten in den letzten Jahren den Niedergang der traditionellen sozialdemokratischen Parteien.

Bedrohungsgefühle

Immigration war, wie bereits angedeutet, schon immer ein sensibler Punkt in den nordeuropäischen Ländern. Die Einwanderung von Nicht-Europäern in diese Länder begann ungefähr in den späten 1970er Jahren. Norwegen, Dänemark und Finnland haben jeweils rund fünf Millionen Einwohner, die ersteren beiden Länder verzeichnen dabei einen Anteil

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die extreme Rechte in vielen europäischen Ländern eine Einflussgröße. Sie hat zwar nicht ihre politischen Ziele erreicht, aber sie war und ist ein »Sicherheitsproblem«: Ihre Aktivisten und Anhänger haben Menschen umgebracht und verletzt, Eigentum beschädigt und die Allgemeinheit, insbesondere aber Minderheiten eingeschüchtert. Die extrem rechte Bewegung variiert in Stärke und Mitgliederzahl in ganz Europa. In einigen Ländern, in denen sie schwach ist, nahmen andere Kräfte ihre Ideen – in modifizierter Form – auf und verbreiteten sie. In den letzten zwei Jahrzehnten hatten vor allem rechtspopulistische Parteien ansehnliche Erfolge – einige direkt in Form von Mandaten etc. – vor allem aber dadurch, dass sie das politische Spektrum nach rechts verschoben haben. Das ist der Fall in drei nordeuropäischen Ländern: Norwegen, Dänemark und Finnland.

von 12 Prozent an Immigranten, Finnland gerade einmal fünf Prozent. Diese Anteile an der Gesamtbevölkerung sind viel niedriger als in den meisten anderen europäischen Ländern. Dennoch ist die öffentliche Debatte um das Thema sehr hitzig. Studien zeigen, dass viele BewohnerInnen dieser Länder um ihre nationale Identität fürchten und der dramatische Wandel in einer zunehmend globalisierten Welt ein Gefühl der Bedrohung bei einem großen Teil der Bevölkerung hervorruft.

In diesem Klima schwand auch das Vertrauen in die traditionellen sozialdemokratischen Parteien – ein perfektes Timing für eine neue Alternative mit simplen Lösungen. Es wäre unfair zu behaupten, dass die breite Öffentlichkeit lange auf einen »starken Mann« gewartet hat, aber die Menschen sind sehr interessiert an einer neuen starken Partei.

Gemeinsamkeiten

Die drei rechtspopulistischen Parteien kooperieren nicht als Organisationen, aber sie teilen die gleiche politische Plattform und den gleichen politischen Hintergrund. Sie alle sind aus dem Mainstream hervorgegangen, sie sind keine Randerscheinung des politischen Spektrums. Schnell aber zogen sie alle Formen politisch extrem rechter Aktivisten an. In Norwegen und Dänemark haben sie es sich erst geleistet, die rabiatesten Individuen wieder loszuwerden, nachdem die Mitgliederzahl ansteigen begann. Sie sind darauf bedacht, neonazistische und offensichtlich rassistische Gruppierungen auf Distanz zu halten – zumindest nach außen. Tatsächlich gewachsen sind diese rechtspopulistischen Parteien nach dem Kollaps des Ostblocks. Als der Kommunismus als Schreckgespenst von der politischen Bühne verschwand, waren die Parteien, um ihre nationalistische Ausrichtung zu fundieren, gezwungen, einen neuen Feind zu finden – und die »anders aussehenden« Immigranten wurden zur perfekten Zielscheibe für sie.

Eine nationalistische Fremdenfeindlichkeit und ein manchmal ausgesprochener Rassismus sowie in den letzten Jahren eine deutliche Islamophobie machen den Kern ihrer Ideologie aus. Kontinuierlich setzen die Rechtspopulisten ImmigrantInnen aus muslimischen Ländern mit muslimischen Fundamentalisten gleich. Derweil müssen die Veteranen der FrP, die die »Immigrationskarte« schon über 36 Jahre ausspielen, gar nicht mehr zu jeder Gelegenheit verkünden, was ihre politische Agenda eigentlich ausmacht: »Die Wähler wissen, wo wir stehen bei diesem Thema«, äußerte sich die Vorsitzende der FrP, Siv Jensen.

Rhetorik

Die populistische Partei bezeichnet sich selbst als neue (oder echte) sozialdemokratische Partei und schimpft andere Parteien und Organisationen, die ihre Position bezüglich des Themas Immigration nicht teilen, als »schlafe Humanisten«. Dabei porträtiert sie sich selbst zudem als Anwalt und Verteidiger des »einfachen Volkes«. Sie postuliert, dass der »kleine Mann« schon wisse, was richtig sei aufgrund seiner täglichen Erfahrungen. Entsprechend zeigt sich diese Partei begeistert von Volksabstimmungen und anderen Formen direkter Demokratie.

Manchmal präsentiert sich die Anti-Einwanderungsrhetorik auch als Wohlstandschauvinismus: Immigranten würden den Wohlfahrtsstaat Ressourcen kosten, die genutzt werden könnten, um alten und kranken einheimischen Menschen (dem »einfachen Volk«) zu helfen.

Plump und doch wirkungsvoll werden Immigranten so zu Sündenböcken für die meisten Dinge gemacht, die nicht per-

fekt laufen in den Ländern – allem voran werden sie zur Ursache der Kriminalität erklärt. Und obwohl Statistiken zeigen, dass die Rechtspopulisten mit ihren Ansichten falsch liegen, transportieren die Boulevardzeitungen ihre Botschaften – direkt zum Wähler nach Hause. Die Immigranten werden von Seiten der Populisten ferner als Beschleuniger eines Wandels erklärt, der den einst homogenen und sicheren Wohlfahrtsstaat in ein heutiges, multiethnisches Chaos verwandelt habe. Multikulturelle Länder werden dabei als instabil und dem Untergang geweiht dargestellt, verbunden mit der Botschaft, selbst diesen Weg nicht gehen zu wollen.

Soziale Probleme werden dabei größtenteils in ethnischen Hinsicht interpretiert und/oder als Resultat eines Werteverfalls, nicht aber in Begriffen von sozialer Klasse/Schicht oder ökonomischer Marginalisierung. Gelöst werden sollen die Probleme entsprechend durch die Umsetzung strengerer Immigrationsgesetze und mehr »Recht und Ordnung«. Diese Sichtweisen und vermeintlichen Lösungsstrategien sind spätestens Mitte der 1990er Jahre hegemonial in der Politik und im massenmedialen Diskurs geworden.

Neonazi-Problematik

Als die populistischen Parteien zum ersten Mal in der politischen Szenerie Norwegens und Dänemarks auftauchten, wurde über sie gelacht. Allerdings waren die Parteimitglieder in der frühen Phase tatsächlich ein »bunter Haufen«, um es nett zu formulieren. Als ihre Popularität aber in den Umfragen stieg, setzte Panik ein beim politischen Establishment. Doch anstatt sich abzugrenzen und einen deutlichen Standpunkt gegen deren rassistische Rhetorik zu beziehen, folgten die anderen Parteien deren Weg.

Die Populisten zogen stets die Medienöffentlichkeit an und ihre simplen Analysen und ebenso simplen Lösungen waren perfekt für die Boulevardzeitungen und Fernsehdebatten. Und so begannen die anderen Parteien, hinter ihnen her zu rennen, erschrocken von jeder Umfrage und den dabei offensichtlichen Verlusten an Anhängern.

Zur selben Zeit, in den 1990er Jahren, hatte eine kleine Gruppe von Neonazis in Norwegen und Dänemark ihre Blütezeit. Ihnen wurde großes mediales Interesse geschenkt und alle Parteien konnten mit dem Finger auf die üblen Rassisten zeigen und sich abgrenzen.

AntifaschistInnen gelang es nicht, den alltäglichen Rassismus der Rechtspopulisten in den Mittelpunkt zu rücken, der genau so übel war, nur eben keine offene Nazi- und antisemitische Rhetorik aufwies. Entsprechend blieben die Populisten sauber zurück und reagierten mit Vehemenz und aller Kraft gegenüber jedem, der oder die versucht(e), sie als extrem rechts zu bezeichnen. Dabei wurden sie vom gesamten politischen Spektrum unterstützt. »Rassismus? In unserem Parlament? Niemals!« lautet die Devise. Der augenfälligste Anhaltspunkt für diese Kooptation ist die Art und Weise, wie sich die Rhetorik in der Einwanderungsdebatte gewandelt hat. Es sind Worte gefallen im heutigen norwegischen Parlament, die 25 Jahre zuvor nur von richtigen Neonazis geäußert wurden.

Einbruch nicht absehbar

Der Erfolg der Rechtspopulisten bedeutet, dass die extreme Rechte, Neonazis und deren gewalttätiger Mob keinen Platz mehr haben im politischen Spektrum. Und hier zeigt sich deutlich der Unterschied zu Schweden, wo die Situation eben genau umgekehrt ist. Dort gibt es keine rechtspopulistische Partei wie in Norwegen, Dänemark und Finnland, dafür aber die größte neonazistische Bewegung der nordeuropäischen Länder.

AntifaschistInnen haben einen langen und harten Kampf gegen die Nazi-Szene in ihren Ländern geführt, aber es muss leider festgestellt werden, dass die Schlacht zwar gewonnen wurde, der Krieg aber verloren ging. Und so sieht die Zukunft scheinbar rosiger aus für die Rechtspopulisten im Norden Europas. Das vergangene Jahr zeigte, dass auch die »Sverigedemokraterna« (»Schwedendemokraten«) zunehmend mehr Erfolg haben. Sie haben sich von einer Randerscheinung der extremen Rechten zu einer populistischen Partei transformiert, die sich an denen der anderen nordeuropäischen Länder orientiert. Gemeinsam sehen diese Länder in den kommenden Jahren großen Veränderungen entgegen. Diesem Wandel muss die antifaschistische Seite mit anderen und neuen Taktiken, Argumenten und Strategien begegnen als jenen, mit denen erfolgreich den Straßenschlägern begegnet wurde. Das ist eine enorme Aufgabe, insbesondere, wenn die rassistische Rhetorik und Argumentation von Jahr zu Jahr aggressiver wird – doch es muss etwas getan werden, eine Alternative gibt es nicht. ■

Rechts ist dort, wo die Mitte ist

Die extreme Rechte in Norwegen

Von Henrik Lunde (Monitor)

Als im September 2007 Kommunalwahlen in Norwegen stattfanden, zeigten sich ausländische Journalisten über die rassistischen Parolen in der öffentlichen Debatte geschockt. Für AntifaschistInnen war das nichts neues, denn sie beobachten schon seit Jahrzehnten einen Rechtsruck in der norwegischen Gesellschaft. Es war dort schon immer ein heikles Unterfangen, Rassismus zu thematisieren. Denn in dem reichen Land glauben viele Menschen, der besten Nation weltweit anzugehören. Zu diesem Bild passen weder Rassismus noch Nazismus, wie zu »bösen« Ländern, wie Deutschland. Dessen Kriegsschuld ist in Norwegen nicht vergessen worden. Von den fünf Millionen EinwohnerInnen des Staates sind etwa 400.000 Menschen nicht norwegischer Herkunft. Hier gibt es mehr Millionäre, als überall anders auf der Welt und die Arbeitslosigkeit ist dauerhaft niedrig. Daher entbrannte sogar eine Diskussion darüber, wie man jene Tausende Menschen anziehen könne, die nötig sind, um die zukünftig offenen Arbeitsstellen zu besetzen, da das Durchschnittsalter der Bevölkerung zunehmend steigt.

Nach 1945

Die extreme Rechte in Norwegen war im Vergleich zu anderen europäischen Ländern immer klein. Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerte es 30 Jahre, bis sich die ersten Neonazi-Gruppen gründeten. Sie gingen an inneren Streitigkeiten und den Folgen illegaler Aktionen zugrunde. Die nächste Generation von Gruppierungen entstand in den 1980er Jahren und umfasste vor allem Gruppen, die sich gegen Einwanderung aussprachen. Die »Folkebevegelsen mot innvandring« (FMI – Volksbewegung gegen Einwanderung) und ihr Anführer Arne Myrdal organisierten Kampagnen und Kundgebungen, gegen die Zehntausende AntifaschistInnen demonstrierten. Durch diese Gruppen wurde der Boden für die in den 1990er Jahren aktiven und militanteren Organisationen geebnet. Aus ihren Reihen wurden gewalttätige Übergriffe und Bombenanschläge ausgeführt. Die Bewegung zerfiel jedoch komplett, als Mitglieder der militanten »Boot Boys« 2001 den schwarzen Jugendlichen Benjamin



▲ Norwegische Nazis auf dem Hess Gedenkmarsch in Wunsiedel 2004

Hermansen ermordeten. Durch die daran anschließende antirassistische Demonstrationen wurde es für extrem rechte Gruppen einige Jahre in Norwegen unmöglich, Fuß zu fassen. Danach übernahmen islamophobe Aktivisten das Ruder und es gibt nun wieder erste Versuche, aktivere Organisationen zu etablieren.

Aktivitäten

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat es in der norwegischen extremen Rechten Hunderte Klein- und Kleinstorganisationen gegeben, die Magazine, Bücher und Internetseiten veröffentlichten. Ihnen ist es niemals gelungen, den politischen Untergrund zu verlassen und eine relevante Mitgliederzahl zu gewinnen. Ein wichtiger Faktor ist dabei, dass in Norwegen eine Rechts-Rock-Szene fehlt, wie sie zum Beispiel in Schweden existiert. Außerdem gab es nie Aufmärsche, Veranstaltungen oder Kundgebungen, an denen mehr als eine Handvoll Aktivisten teilgenommen haben. Und nur ab und an erscheint mal eine extrem rechte Zeitung. Es muss also ziemlich langweilig sein, in Norwegen der rechten Szene anzugehören. Daher bleiben nur sehr wenige Aktivisten länger in der Bewegung – und die

sind oft in kriminelle Aktionen verwickelt und halten sich mehr im Gefängnis als außerhalb auf. Die Bewegung teilt sich grob betrachtet in zwei Teile auf: Zum einen ein junger, militanter Flügel, dessen Angehörige vom »Rassenkrieg« träumen und zum anderen ein Flügel mit älteren Männern und Frauen, die sich vor einem »Rassenkrieg« fürchten, falls Norwegen nicht bald seine ImmigrantInnen loswürde.

Norwegens extreme Rechte versuchte zwar, Kontakt mit Fußball-Fans und Hooligans, der Black Metal Szene und verschiedenen Motorradgangs, wie den »Hells Angels« und »Outlaws«, aufzubauen. Doch auch wenn es zu gelegentlichen Freundschaften gekommen sein mag, resultierte daraus nie eine tatsächliche organisatorische Kooperation.

Leider existiert in Norwegen bis heute keine Statistik über sogenannte »hate crimes«, also beispielsweise rassistisch motivierte Gewalt oder Propaganda. Daher ist es schwer zu sagen, ob sich deren Zahl über die Jahre verändert hat. Norwegens AntifaschistInnen wissen von regelmäßigen Vorfällen, doch das Level ist insgesamt eher niedrig. Die Täter sind zumeist unorganisierte Jugendliche. Nur selten erfolgen diese Gewalttaten aus organisierten Gruppen heraus. Die meisten »hate crimes« geschehen im Internet, wo es etwa 40 norwegische extrem rechte Seiten gibt. Kaum eine gehört jedoch zu einer ernstzunehmenden Organisation. Es gibt zudem keine extreme rechten Radiosender und Bands, kaum Magazine, keine öffentlichen Auftritte und nur eine handvoll Kader, die Kontakte ins Ausland pflegen.

Aktuelle Situation

2007 gibt es nur wenige aktive Organisationen, die hauptsächlich im Internet existieren. Die stärkste ist »Vigrid«, die seit über zehn Jahren aktiv ist. Die Organisation vertritt eine

Mischung aus aggressivem Antisemitismus und einer sehr eigenen Version des Heidentums. Sie wird von Tore Tvedt geleitet, einem Mann in den 60ern, der gleichzeitig als »Prophet« tätig ist. Über 300 Jugendliche »tauft« »Vigrid« in bizarren Zeremonien, in denen Odin gehuldigt wird. »Vigrid« strebt an, Norwegens größte extrem rechte Organisation zu werden, ist davon aber weit entfernt.

Daneben gibt es quasi keine Naziskins und die handvoll eingefleischter Neonazi-Gruppen bekommt außer ihren Internetpräsenzen wenig auf die Reihe. Islamophobie ist in Norwegen weit verbreitet und ein paar kleinere Gruppen haben bisher erfolglos versucht, auf diesen Zug aufzuspringen. Einer der Hauptgründe dafür, dass die extreme Rechte in Norwegen nicht Fuß fassen kann ist, dass der entsprechende Platz im politischen Raum von anderen Parteien, insbesondere der »Fremskrittspartiet« (FrP – Fortschrittspartei) besetzt wird. Seit Jahren von Carl Ivar Hagens eiserner Hand geführt, ge-

wann die Partei bei den letzten Kommunalwahlen 17,5% der Stimmen. Die neue Vorsitzende Siv Jensen konnte an die Erfolge der Partei anknüpfen, obwohl sie die »Immigranten-Karte« nicht so oft ausgespielt hat wie Hagen seinerzeit. »Die Öffentlichkeit weiß, wo wir in Hinblick auf Einwanderung stehen«, sagte sie und behielt recht. Die FrP wehrt sich dagegen, mit Parteien wie dem belgischen »Vlaams Belang«, der »Freiheitlichen Partei Österreichs« oder dem französischen »Front National« in einem Atemzug genannt zu werden. Aber in fast jedem internationalen Artikel über Europas extreme Rechte wird die FrP genau in dieser Reihe genannt.

Zu Recht, denn sie hat sich in der Vergangenheit häufig rassistisch geäußert und Verbindungen zur extremen Rechten wurden enthüllt. Die WählerInnen beeinflusste das nicht. Die »Fremskrittspartiet« spielte eine wichtige Rolle in der Verschiebung des öffentlichen Diskurses in den vergangenen Jahren nach rechts. Die Partei benutzt heute öffentlich im Fernsehen und in den Zeitungen eine Rhetorik, die vor 20 Jahren noch einen Aufschrei auslöste. So bewegt sich die Diskussion allmählich nach rechts außen. Obwohl nur selten »Norwegen-für-Norweger« zu hören ist, geht die rassistische Stigmatisierung in Norwegen weiter. ■

Blocher gewinnt

Am 21. Oktober 2007 fanden in der Schweiz die Parlamentswahlen statt, die in der Regel ruhig verlaufen. Doch dieses Jahr sorgte die »Schweizerische Volkspartei« für Aufsehen mit ihrem fremdenfeindlichen Wahlkampf.

Yves Gmür

Is vor rund fünfzehn Jahren war die »Schweizerische Volkspartei« (SVP) eine normale bürgerliche Partei. Dann übernahm Christoph Blocher, der heutige Justizminister, das Ruder der Partei und trimmte sie auf einen konsequenten national-konservativen Kurs. Die Partei buhlt vor allem mit zwei Themen um die Gunst der Wählerschaft. Sie kämpft mit nationalistischen Parolen gegen einen Beitritt zur Europäischen Union der Schweiz und hetzt gegen AusländerInnen. Im Jahr 2000 stimmten 36,2 Prozent der WählerInnen für eine von der SVP lancierte Volksinitiative, die zum Ziel hatte, den Ausländeranteil in der Schweiz auf 18 Prozent der Bevölkerung (aktuell 20,4 Prozent) zu begrenzen. Mit diesen Themen wurde die SVP im Nu zur stärksten Partei der Schweiz. Auf einem der diesjährigen Wahlplakate werfen beispielsweise weiße Schäfchen ein schwarzes Schaf von einer Schweizer Fahne. Und auf ihrer Webseite konnten BesucherInnen Punkte sammeln, indem sie schwarzen Schafen die Einreise in die Schweiz verwehrten – die offensichtlich rassistische Kampagne kam an.

Umzug

Am 6. Oktober wollte die Partei durch Bern marschieren. Das Motto der Veranstaltung lautete »Einstehen für die Schweiz«. Rund 5.000 Teilnehmende, viel weniger als erwartet, wollten vor den Parlaments- und Regierungssitz der Schweiz ziehen. 60 linke Organisationen – ohne die »Sozialdemokratische Partei« und die »Grünen« – riefen zu einem friedlichen Fest gegen Rassismus in der Nähe der Route der SVP auf, welches nicht bewilligt wurde. Dennoch versammelten sich mehr als 3.000 Menschen. 500 GegendemonstrantInnen blockierten eine Brücke, die die SVP auf ihrem Marsch passieren musste. Nachdem die Blockade von der Polizei mit Gummischrot und Tränengas aufgelöst worden war, gelangten einige Gegner der SVP auf den Platz der Abschlusskundgebung und zerstörten



die dafür nötige Infrastruktur. Die Partei verzichtete daraufhin auf den Marsch und verblieb am Ausgangspunkt.

Die Medien sprachen von der Blockade und den folgenden Ereignissen als einen »schwarzen Tag für die Demokratie« und forderten ein hartes Vorgehen. Auch international schlug das Ereignis Wellen. Es wurde beispielsweise auf der Titelseite der »New York Times« aufgegriffen. Während die Schweizer Medien, mit Verweis darauf, vom neuen negativen Image des Landes sprachen, vergaßen sie zu erwähnen, dass die besagte »New York Times« nicht zentral

das Vorgehen der GegendemonstrantInnen, sondern beinahe ausschließlich den Rassismus der SVP anprangerte.

Stimmengewinne

Bei den Parlamentswahlen am 21. Oktober 2007 konnte die SVP schließlich weitere Stimmengewinne verzeichnen. Sie erhielt 29 Prozent – seit der Änderung des Wahlrechtes 1919 hatte das noch keine Partei in der Schweiz erreicht. Ein Grund für den Sieg ist wohl auch in der finanziellen Übermacht der SVP zu sehen. Sie hat mehr in den Wahlkampf investiert als alle anderen Parteien zusammen. Ein Großteil dieses Geldes dürfte vom Milliardär Christoph Blocher gekommen sein – allerdings ist die Wahlkampffinanzierung in der Schweiz, wie auch OSZE-Wahlkampfbeobachter kritisierten, nicht transparent. Hinzu kommt beim Erfolg der SVP, dass die anderen Parteien kaum eigene Themen präsentierten, sondern nur gegen die SVP argumentierten. Diese Wahlen zeigen einmal mehr, wie verbreitet xenophobe Ansichten in der Schweiz sind.

Zwei Tage nach der Wahl zog Blocher Bilanz seiner vier Jahre als Regierungsmitglied. Stolz verkündete er, dass er die Anzahl der im Asylverfahren stehenden Personen halbiert habe. Als Problem benannte er jedoch jene 2.500 Deserteure aus Eritrea, die laut einem Gerichtsurteil Recht auf Asyl haben. Blocher will mit einem dringlichen Bundesbeschluss erreichen, dass Dienstverweigerung nicht mehr als Flüchtlingseigenschaft anerkannt wird. Das lässt erahnen, was Flüchtlingen in der Schweiz in den nächsten vier Jahren, mit einer weiter verstärkten SVP in der Regierung, blüht. ■